

- [Anzeigen](#)
- [Jobangebote](#)
- [Impressum](#)
- [Datenschutz](#)
- [mein nd](#)

BERLIN / STADTENTWICKLUNG

Marzahn ist nicht Manhattan

Bürgerinitiativen aus dem Ostberliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf fordern nachhaltige Stadtentwicklung

David Rojas Kienzle 08.03.2026, 14:59 Uhr / Lesedauer: 4 Min.



Bauen, bauen, bauen – vor allem im Osten Berlins wird für den Wohnungsbau nachverdichtet.

Foto: IMAGO/Emmanuele Contini

Hilf uns, damit
#ndBLEIBT

Jetzt unterstützen

die Klammer unter der sich die Initiativen versammelt haben. Die fünf anwesenden sind aber nur ein Teil von viel Widerspruch im Ostberliner Bezirk. Kibelksties sagt, es seien über 40 Initiativen entstanden, die sich »gegen die Verschlechterung der Wohn- und Lebensbedingungen durch unverantwortlich Nachverdichtung wehren« würden. »Die hier versammelten Initiativen eint die Forderung, Wohnungsbau in sozial- und umweltverträglicher Form zu gestalten.«

Kibelksties berichtet, dass mehr als 2000 Anwohner*innen der Hohensaatener Straße eine Petition der Bürgerinitiative unterschrieben hätten, die sich gegen ein Neubauprojekt richtet. Dort soll ein Hochhaus mit bis zu 19 Geschossen entstehen. Mehr als 700 neue Bewohner*innen würden dadurch in ein Viertel gezwängt, das schon jetzt an Unterversorgung leide, sagt Kibelsties. Wenige Treffpunkte, eine schlechte Anbindung an das Zentrum – das löst bei ihm die Sorge aus, dass soziale Brennpunkte entstehen. Aber nicht nur an der Hohensaatener Straße. Überall wo es in Ostberlin Treffpunkte zum sozialen Austausch seien – etwa die Bowlingbahn am Feldberger Ring oder das ehemalige Sport- und Erholungszentrum in Friedrichshain – sei »gegen alle Vernunft« der Abriss geplant. »Dagegen und nicht gegen den Wohnungsbau richten sich die Anwohnerinitiativen.«

Während zahlreiche neue Wohnungen im Bezirk entstehen, hält die Infrastruktur an vielen Stellen nicht mit. Hanni Reuter, vom Bürgerbeirat Talcenter, berichtet, dass das in den 90er Jahren gebaute Talcenter an der Mehrower Allee über die Jahre immer weiter verfallen sei. Im Einzugsgebiet des Zentrum würden 20 000 Menschen leben, so Reuter. »Für diese 20 000 Menschen gibt es nur dieses eine Einkaufszentrum.«

Das Gebäude soll abgerissen werden. Die landeseigene Gewobag plant dort ein Quartier, in dem 500 neue Wohnungen entstehen sollen, darüber hinaus Flächen für medizinische Versorgung, eine Kita sowie Einzelhandel und Büros. Da die Versorgungslage schon jetzt katastrophal ist – laut Reuter gibt es im ganzen Gebiet nur einen Hausarzt – fürchtet der Bürgerbeirat Talcenter, dass diese sich mit dem Zuzug weiterer Anwohner*innen noch weiter verschlechtern könnte. »Wir fordern: Das Talcenter muss erhalten bleiben. Es könnte wieder zum sozialen Mittelpunkt unseres Kiezes werden«, sagt Reuter. Sie betont, man sei nicht gegen Wohnungsbau. Aber es müsse behutsam und der Umgebung angepasst gebaut werden. »Wir brauchen eine ordentliche Infrastruktur«, sagt sie.

ÄHNLICHE ARTIKEL

27.01.2026 / Nicolas Šustr

Marzahn-Hellersdorf als Blaupause für Mieten-Wahlen

Jedes fünfte einst volkseigene Haus im Berliner Nordostbezirk ist seit der Wende privatisiert worden

Hilf uns, damit
#ndBLEIBT

Jetzt unterstützen

Das Bowlingcenter in Hellersdorf soll zugunsten von Wohnungsbau abgerissen werden

31.01.2025 / Karsten Krampitz

Marzahner Platte: Leben zwischen Türmen

Ein historischer Streifzug durch Marzahn-Hellersdorf

Ein weiteres soziales Zentrum im Bezirk ist der Helene-Weigel-Platz. Dieser sei einerseits ein sehr konzentriertes Wohngebiet mit drei Hochhäusern mit jeweils 20 Geschossen, sagt Markus Wolina, von der Bürgerinitiative Helene-Weigel-Platz. Aber dort gibt es auch Einkaufsmöglichkeiten, die Stadtbibliothek, eine Schwimmhalle, Arztpraxen, Cafés und ein Theater. »Ein Ort, der für viele Menschen in der Umgebung eine wichtige Funktion hat, der aber jetzt schon nicht mit den Bedarfen mithalten kann.« sagt Wolina.

Auch hier gibt es Pläne für Bebauung. In zwei Bereichen sollen insgesamt rund 350 Wohneinheiten entstehen, berichtet Wolina. Aber: Ende 2024 hätte man festgestellt, dass der Bezirk keine Vorplanung für soziale Infrastruktur hatte. Die Initiative organisierte sich und stellte mit einem Einwohnerantrag die Forderung für eine bessere Planung und mehr Partizipation der Bürger*innen. Mit Erfolg: Es sei ein Bürgerbeirat eingerichtet worden, der den weiteren Prozess begleiten solle. Außerdem wurde ein Bebauungsplan aufgesetzt.

Gerade letzteres ist für die Beteiligung von Anwohner*innen enorm wichtig. Denn nur so ist eine echte Beteiligung möglich, was in Ostberlin nicht immer der Fall ist. Denn in planungsrechtlicher Hinsicht ist der Osten Berlins einzigartig. Anders als in den anderen Bundesländern aus der ehemaligen DDR wurde es hier versäumt, die Stadtplanung der Vorwendezeit in BRD-Recht zu überführen. Ostberlin gilt als »unbeplanter Innenbereich«. »Durch [den fehlenden Baunutzungsplan](#) ist der Ostteil Berlins baurechtlich noch nicht in der Bundesrepublik angekommen«, resümiert Günter Hanke vom Bürgerbeirat Talcenter.

Das führt dazu, dass ein Vorhaben, wenn es sich »nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt«, eine Baugenehmigung bekommen – ohne die sonst notwendige Bürger*innenbeteiligung. »Es ist höchste Zeit, dass 35 Jahre nach Herstellung der Einheit der Stadt Berlin endlich ein aktueller Baunutzungsplan für die ganze Stadt erstellt wird«, fordert Hanke.

Andere Zeitungen gehören Millionären. Wir gehören

Menschen wie Ihnen

Hilf uns, damit
#ndBLEIBT

Jetzt unterstützen